

Klima-Governance: Für das 1,5°C-Ziel sind innovative politische Lösungen gefragt

Der Weltklimarat IPCC wird am 8. Oktober einen Sonderbericht zu den Folgen einer Klimaerwärmung um 1,5°C gegenüber vorindustriellem Niveau veröffentlichen. Dieser Bericht nimmt Bezug auf das im Pariser Abkommen festgelegte Ziel, „deutlich unter 2°C“ Erderwärmung zu bleiben. Im Fokus stehen sowohl die erwarteten Folgen als auch Maßnahmen, um das ehrgeizige Temperaturziel noch erreichen zu können.

Die Lücke zwischen 1,5°C und 2°C ist größer, als sie zunächst scheinen mag. Gelingt es, die Erwärmung auf lediglich 1,5°C zu beschränken, so können massive negative Folgen für Mensch und Umwelt vermieden werden. Dies herauszustellen ist eine der zentralen Botschaften, die vom Sonderbericht des IPCC erwartet werden. Außerdem wird der IPCC die Dringlichkeit unterstreichen, durch schnelle und entschiedene Klimaschutzmaßnahmen den Schutzbedürftigsten zu helfen sowie die UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) zu erreichen. Die gute Nachricht des IPCC-Berichts ist, dass nach wie vor Wege existieren, das ambitionierte 1,5°C-Ziel zu erreichen – und das, ohne dabei auf technische Wundermittel mit schwer einzuschätzenden Folgen zurückgreifen zu müssen. Eine Herausforderung liegt jedoch darin, aus den vorhandenen Optionen diejenigen auszuwählen und effektiv umzusetzen, die gerecht und demokratisch realisierbar sind. Dafür ist ein Umdenken in Politik und Regierungsführung notwendig.

Austausch zwischen verschiedenen Akteuren im Zentrum

Für das IASS steht daher der Austausch zwischen Gesellschaft, politischen Entscheidungsträgerinnen und –trägern und Wissenschaft im Zentrum der Forschungsaktivitäten. Wir wollen mit einer Vielzahl von Akteurinnen und Akteuren aus unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen Lösungen entwickeln, um, die Herausforderungen in der Klimapolitik zu meistern.

Das 1,5°C-Ziel setzt vor allem eine ambitionierte Politik zur Minderung von Treibhausgasen voraus. Die nationalen Klimaschutzziele (NDCs) im Pariser Klimaschutzabkommen spiegeln dabei das Ambitionsniveau wider, das sich die Vertragsstaaten des Paris-Abkommens selbst auferlegt haben. In der Summe reichen die Selbstverpflichtungen nicht, um das 1,5°C-Ziel zu erreichen. Trotzdem dient dieses Ziel weiterhin als Katalysator für ambitionierte Klimaschutzgesetze und –politiken. Es kann dazu beitragen, dass Staaten nicht hinter ihrem derzeitigen Ambitionsniveau zurückbleiben. Ein wichtiger Schritt für die Vertragsstaaten ist nun, sich auf ein robustes Regelwerk, auf Maßnahmen und Inhalte, für die Umsetzung des Paris-Abkommens zu einigen und dieses bei der UN-Klimakonferenz im Dezember zu verabschieden. Dieses Regelwerk ist ausschlaggebend für die Fortschreibung der Selbstverpflichtungen ab 2020 sowie für die Mechanismen des Abkommens zur gemeinsamen Fortschrittsprüfung (z.B. zu Transparenz und regelmäßigen Bestandsaufnahmen).



Stärkung staatlicher und nicht-staatlicher Klimaschutz-Bemühungen

Das IASS erforscht Governance-Optionen für einen sofortigen und ambitionierten Klimaschutz durch die Vermeidung von CO₂-Emissionen und weiteren klimawirksamen Schadstoffen. Im Zentrum steht hierbei die Beobachtung und Analyse von UN-Klimaverhandlungen und den damit einhergehenden Strategien, Bündnissen, Treibern und Hürden umweltpolitischer Handlungen. Weiterhin untersucht das Institut Möglichkeiten zur Stärkung nicht-staatlicher und subnationaler Klimaschutzanstrengungen sowie die Rolle von Schwellenländern (besonders der BRICS-Staaten wie Brasilien) im Klimaschutz. Außerdem beschäftigen sich IASS-Forscherinnen und -Forscher des Projektes „Klimaschutzmaßnahmen in nationalen und internationalen Prozessen (ClimAct)“ mit der Governance von kurzlebigen Klimaschadstoffen, deren Minderung zugleich einen positiven Einfluss auf Luftqualität und nachhaltige Entwicklung hat. In diesem Rahmen ist das IASS auch aktives Mitglied in der Koalition für Klima und saubere Luft (CCAC).

Gerechtigkeit und Teilhabe für die am stärksten vom Klimawandel Betroffenen

Eine weitere Fragestellung, zu der das IASS forscht, sind „Schäden und Verluste“ (Loss and Damage), ausgelöst durch den globalen Temperaturanstieg. Diese können schon heute nicht mehr vermieden werden und werden sich laut IPCC in Zukunft häufen und intensivieren. Unsere Forschung wertet die Klimaverhandlungen zu diesem Thema aus und weist neue Perspektiven für Klimavölkerrecht und -politik auf, insbesondere in Hinblick auf die Beteiligung der am stärksten betroffenen Gemeinschaften.

Im Rahmen des [Forschungsprojekts zur Umsetzung des Pariser Abkommens \(IPA\)](#) betrachten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am IASS die Rolle von nationalen und subnationalen Klimaschutzpolitiken und -gesetzen in der Umsetzung des Paris-Abkommens und somit zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels. Beispielsweise wird in Deutschland auf Länder- und Städteebene oft eine ambitioniertere Klimapolitik angestrebt als auf Bundesebene. Allerdings will die Bundesregierung bis 2019 ein neues Klimaschutzgesetz verabschieden, das die Klimaschutzziele für 2030 verbindlich festschreibt. Diesen Prozess begleiten wir wissenschaftlich, indem wir dies mit Entwicklungen in anderen Ländern vergleichen; ein Thema zu dem wir auch auf der COP24 ein Side Event organisieren.

Ansprechpersonen:

Dr. Cecilia Oliveira (Projektleiterin) Sprache: Englisch
MariaCecilia.Oliveira@iass-potsdam.de

Dr. Kathleen Mar (Projektleiterin) – Sprache: Englisch
Kathleen.Mar@iass-potsdam.de

Charlotte Unger (wissenschaftliche Mitarbeiterin) – Sprache: Deutsch und Englisch
charlotte.unger@iass-potsdam.de

Konrad Gürtler (wissenschaftlicher Mitarbeiter) – Sprache: Deutsch und Englisch
konrad.guertler@iass-potsdam.de